

Postulat Beat Gubser (EDU): Familieninterne Kinderbetreuung fördern

In der Stadt Bern investieren wir jährlich eine grosse Summe an Geld in die familienergänzende Kinderbetreuung. Im Jahr 2006 standen 1'023 Plätze in Kindertageseinrichtungen (Kittas) für die Altersstufe 0 bis 6 Jahre zur Verfügung. Jährlich werden 20 neue Plätze geschaffen. Ein Kita-Platz verursacht gemäss Produktgruppenbudget Nettokosten von rund 20'000 Franken pro Jahr (ohne Berücksichtigung des Lastenausgleichs). Dies ergibt für 1'023 Plätze die Summe von 20,5 Mio. Franken. Für das Jahr 2008 (1'063 Plätze) sind es wohl bereits 21,3 Mio. Franken.

Die EDU ist nicht grundsätzlich gegen familienergänzende Kinderbetreuung. Für uns muss aber die Betonung auf Ergänzung liegen. Das Wohl der Kinder soll im Zentrum stehen. In den ersten drei Lebensjahren wird die Grundlage für die seelische Gesundheit eines Menschen gelegt. In dieser sensiblen Entwicklungszeit bedeuten regelmässige ganztägige Trennungen von den Eltern eine besondere psychische Belastung. Kinder, welche die frühe Trennung schlecht verkraften, haben später Mühe, sich fest zu binden. Sie können emotionale Schäden davontragen.

Die traditionelle Familie, die Betreuung und Erziehung der Kinder durch Eltern, sollte deshalb aus unserer Sicht nach wie vor die erste Priorität haben. Es ist sinnvoll auch die familieninterne Kinderbetreuung, z.B. finanziell, zu fördern. Im Weiteren ist es auch eine Frage der Gerechtigkeit zwischen Eltern, welche ihre Kinder selber betreuen und vielleicht deshalb auch bewusst einfacher leben und Eltern, welche sich dank der Kita einen höheren Lebensstandard leisten können.

Der Gemeinderat wird deshalb gebeten aufzuzeigen, wie die familieninterne Kinderbetreuung in der Stadt Bern, z.B. finanziell, gefördert werden kann.

Bern, 27. März 2008

Postulat Beat Gubser (EDU), Simon Glauser, Ueli Jaisli, Manfred Blaser, Thomas Weil, Edith Leibundgut, Henri-Charles Beuchat, Dieter Beyeler, Lydia Riesen-Welz, Rudolf Friedli, Erich J. Hess, Roland Jakob, Peter Bernasconi

Antwort des Gemeinderats

Der Ausbau der familienergänzenden Kinderbetreuung stellt in keiner Art und Weise eine Geringschätzung oder gar eine Benachteiligung Eltern gegenüber dar, die ihre Kinder selber betreuen. Die Schaffung neuer Plätze in der Tagesbetreuung war ein Schwerpunkt in den Legislaturplanungen 2001 - 2005 und 2005 - 2008. Seit 2001 hat der Gemeinderat 303 neue Plätze für die familienergänzende Tagesbetreuung von Kindern in Tagesstätten geschaffen. Ende 2007 wurden mit den bestehenden 1 186 Plätzen 1 942 Kinder betreut. Dazu kam der flächendeckende Ausbau der Tagesschulen.

Mit der schrittweisen Erfüllung des stadträtlichen Auftrags zum Ausbau der familienergänzenden Tagesbetreuung soll wie erwähnt die Wartezeit für einen Betreuungsplatz kürzer und die bestehende Warteliste mit 749 Vorschulkindern abgebaut werden. Der Ausbau der familien-

ergänzenden Tagesbetreuung ist aus der Sicht des Gemeinderats sozial- und familienpolitisch sinnvoll. Die damit verbundenen erheblichen Investitionen lohnen sich zudem für die Stadt Bern auch wirtschaftlich. Eine Studie aus dem Jahr 2007¹ zeigt, dass die Einkommens- und Steuereffekte für die öffentliche Hand die eingesetzten Mittel übersteigen.

Zum Anliegen des Postulats:

Der Gemeinderat teilt die Auffassung, dass Eltern, die den Wunsch haben, ihre Kinder selber zu betreuen, auch die Möglichkeit dazu haben sollten. Diesem Wunsch sind allerdings häufig durch familienpolitische Rahmenbedingungen insbesondere bei der Erwerbstätigkeit Grenzen gesetzt. Der kurze gesetzliche Mutterschaftsurlaub von 14 Wochen, die Freiwilligkeit der Urlaubspraxis der Unternehmungen und der damit drohende Verlust des Arbeitsplatzes lassen vielen Eltern gar keine andere Möglichkeit, als ihre Säuglinge und Kleinkinder durch Tagesstätten betreuen zu lassen. Es ist nach wie vor nicht leicht, Familie und berufliche Laufbahn unter einen Hut zu bringen. Aus Sicht des Gemeinderats könnte beispielsweise ein längerer Mutterschafts- bzw. Elternurlaub in Kombination mit der Erhaltung des Arbeitsplatzes die Eltern wirksam entlasten.

Auch eine finanzielle Unterstützung in Form von höheren Beiträgen an Familien oder Steuererleichterungen, wie sie das Postulat vorschlägt, könnten den Erwerbsausfall des betreuenden Elternteils zumindest teilweise kompensieren und die Betreuung von Kindern in der Familie erleichtern. Der Gemeinderat teilt die Haltung, dass Familienpolitik allen Familien gleichermaßen zugute kommen soll, ungeachtet ihrer vielfältigen Erscheinungsformen, der Einkommens- und Vermögensverhältnisse, ihrer Herkunft und der Form der gewählten Kinderbetreuung. Der Gemeinderat respektiert den privaten Charakter des Lebensbereichs von Familien und damit auch deren Präferenzen und Entscheidungen bei der Wahl der Kinderbetreuung.

Die im Postulat angedeuteten materiellen Vorteile für Eltern, die ihr(e) Kind(er) in einer Tagesstätte betreuen lassen, treffen nicht zu. Bei Familien, die auf den Verdienst beider Elternteile angewiesen sind, ermöglicht die familienergänzende Betreuung oftmals überhaupt erst die Erzielung eines Existenz sichernden Einkommens. Erwerbstätige Ehepaare in mittelständischen Verhältnissen dagegen werden heute durch die Progression der Einkommenssteuer und der Elterntarife für die Kinderbetreuung stark belastet.

Verbesserungen beim Mutterschafts- bzw. Elternurlaub und bei den finanziellen Transferleistungen für Familien sind in der Zuständigkeit von Kanton und Bund. Die indirekte finanzielle Unterstützung von Eltern oder Elternteilen in schwierigen materiellen Verhältnissen ist über die Sozialhilfe durch kantonales Recht geregelt.

Auch wenn Kanton und Bund die Familienpolitik entscheidend prägen, setzt sich der Gemeinderat im Rahmen seiner Möglichkeiten für die Familien in der Stadt Bern ein. Auf ein Postulat N. Imboden (GB)/S. Röthlisberger (JA!): „Welche Politik für Familien in der Stadt Bern? Ein Familienbericht mit Strategien und Massnahmen ist notwendig“, welches vom Stadtrat am 26. Mai 2005 erheblich erklärt worden ist, hat der Gemeinderat die Direktion für Bildung, Soziales und Sport mit der Erstellung eines Familienberichts für die Stadt Bern beauftragt. Der von der Fachhochschule Bern und dem Jugendamt der Stadt Bern erarbeitete Expertenbericht wird in den nächsten Monaten dem Stadtrat und der Öffentlichkeit vorgestellt.

¹ Büro für Arbeits- und sozialpolitische Studien BASS, „Volkswirtschaftlicher Nutzen von Kindertageseinrichtungen in der Region Bern“, Bericht im Auftrag des Vereins Region Bern VRB, Oktober 2007

Die kommende Publikation des Familienberichts wird Gelegenheit bieten, die familienpolitischen Aktivitäten der Stadt Bern im Gesamtzusammenhang zu beurteilen und die Zielsetzungen in diesem Bereich für die Zukunft festzulegen. Für eine kommunale finanzielle Unterstützung von Eltern, die ihre Kinder familienintern betreuen, fehlt eine kommunale Rechtsgrundlage. Die Zuständigkeiten in diesem Bereich liegen klar bei Bund und Kanton. Aus diesen Gründen empfiehlt der Gemeinderat Ablehnung des Postulats.

Folgen für die Finanzen und das Personal

Die finanzielle Unterstützung der familieninternen Kinderbetreuung durch die Stadt Bern hätte weitreichende Folgen für die Finanzen der Stadt Bern. Sie müsste von der Stadt alleine getragen werden.

Antrag

Der Gemeinderat beantragt dem Stadtrat, das Postulat abzulehnen.

Bern, 17. September 2008

Der Gemeinderat